

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 1/2 Eingetrag. in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von U. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Zukunftsaufgaben.

Im Septemberheft der „Sozialistischen Monatshefte“ äußert sich Genosse U. Breyer, Redakteur am „Korrespondenzblatt der Generalkommission“, über die Wirtschafts- und Arbeiterpolitik Deutschlands nach dem Kriege. Wir entnehmen den sehr lesenswerten Ausführungen das Folgende:

Die künftige Friedenswirtschaft muß an die Kriegswirtschaft anknüpfen; sie wird sich als deren Fortsetzung in umgekehrter Richtung darzustellen haben. Unsere Kriegswirtschaft hat sich unter dem Mangel an Rohstoffen, dem Bedarf an Kriegsmitteln und dem Zwang der Not sehr stark zentralistisch entwickelt. Die Rohstoffversorgung und -verteilung zahlreicher Industrien ist zentralisiert und zwangsweise geregelt, vereinzelt sind es auch die Produktion und der Absatz sowie die Preise. Auf dem Gebiet der Volksernährung wird die freie Markterzeugung und Preisregelung immer mehr durch die behördlich geregelte ersetzt.

Diese Regelung ist sicher noch weit davon entfernt, alle Kräfte zu befriedigen, sie hat im Gegenteil mit den größten Schwierigkeiten und Widerständen zu kämpfen. Aber sie wäre ohne die Mitwirkung der Arbeiterklasse unmöglich gewesen. Weder die Bureaucratie noch Industrie, Handel oder Landwirtschaft allein hätten eine gemeinnützige Kriegswirtschaft durchführen können; sie haben den Sozialismus als Wegweiser und die Macht der Arbeiterorganisationen als treibende Kraft gebraucht.

Auch die Friedenswirtschaft bedarf der Mitwirkung der Arbeiter. Sie kann keine einfache Wiederkehr zu dem früheren Zustand der Privatwirtschaft sein. Angesichts des Mangels an Rohstoffen, an Schiffraum, an Aufträgen und an Absatzmärkten ist eine starke Staatshilfe und Zentralisation nicht zu entbehren. Das Reich muß Schiffraum und Rohstoffe beschaffen, muß wiederum auf dem Geldmarkt regelnd eingreifen und durch eine günstige Wirtschaftspolitik die Absatzmärkte erschließen. Reich, Staat und Gemeinden müssen der Industrie und den Gewerben durch öffentliche Aufträge zu Hilfe kommen, um ihnen die Überwindung der Krisis zu erleichtern, ebenso den Arbeitslosen durch Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung. Und um die Reichszentrale wird sich ein Kranz von Industrie- und Handelszentralen legen, die die Verteilung der Rohstoffe und Aufträge regeln, ähnlich den Kriegszentralen der Industrien. Dazu kommt der starke Antriebs der Verschärfung wichtiger Produktionszweige nach dem Kriege aus fiskalischen Gründen: der Förderung und des Absatzes von Kohlen, Erzen und Salzen, der Elektrizitätserzeugung, der Herstellung von Geschützen, Waffen und Sprengstoffen, der Tabakverarbeitung, des Getreidehandels usw.

Bei alledem darf sich die Arbeiterklasse nicht von der tätigen Einflusnahme ausschalten, denn es handelt sich ebenso wie um Unternehmer- so auch um wichtige Arbeiterinteressen. Schon die künftige Wirtschaftspolitik schneidet tief in die Interessen der Arbeiterklasse als Faktor der Produktion wie der Konsumtion ein; sie wird mehr als vor dem Krieg darauf einzustellen sein, was der deutschen Arbeit frommt, und die Arbeiterkraft wird daran mehr als zuvor tätigen Anteil nehmen müssen. Das wird sie aber nicht können, wenn sie sich von der Gesamtheit des Volkes trennt und isoliert, sich in Gegensatz zu ihr stellt und gegenüber den Bedürfnissen der Gegenwart an abstrakte Forderungen einer fernen Zukunft appelliert; vielmehr nur dann, wenn sie in gemeinnützigem Wirken an den Aufgaben der Friedenswirtschaft mitarbeitet, wie sie im Krieg ihre Pflicht erfüllt hat.

Auch die Sozialpolitik steht vor gewaltigen Friedensaufgaben, die nicht das Werk einer einzelnen Klasse sein können. Die Kriegsfürsorge für Arbeitslose und Notleidende, für Kriegsfamilien, Hinterbliebene und Kriegsinvaliden kann nur als der erste Schritt auf diesem Wege aufgefaßt werden. Der Krieg erheischt große Opfer, die das Volk auf Jahrzehnte hinaus zu tatkräftiger Hilfe verpflichten, die Fürsorge für Kriegserwitwen und -waisen, für Kriegsverletzte und Kriegskranke erfordert dauernde Organisationen und Mittel. Die Arbeitsvermittlung bedarf einer großzügigen Regelung; die Arbeitslosenversicherung muß zu einer bleibenden Einrichtung des Reichs werden. Die starken Männerverluste unseres Volkes und der Ausfall an ausländischen Arbeitskräften nach dem Krieg drängen nach stärkerer Erwerbstätigkeit der Frauen. Daraus ergeben sich neue Probleme für den Schutz der weiblichen Arbeiter und Angestellten, für ihre gewerbliche Ausbildung und für die Erhaltung der Volksträfte durch Mutterschutz und Mutterschaftversicherung. Nicht minder bedarf die Jugend eines erhöhten Schutzes und einer besseren Vorbildung für den gesteigerten Wirtschaftskampf der Nationen auf dem Weltmarkt. Das Heimarbeitersproblem darf nicht wieder der Bergesseegeheimnisse anheimfallen; gerade der Krieg hat gezeigt, daß eine schrankenlose Ausbeutung der Heimarbeiter unvereinbar mit dem Volkswohl ist, und bezeichnenderweise haben die militärischen Behörden dies am ehesten erkannt und die geeigneten Maßnahmen dagegen durchgesetzt. Arbeiterschutz als Friedensfürsorge ist die konsequente Fortsetzung der Kriegsfürsorge als das Werk eines willensstarken, einmütigen Volkes.

Und gewaltig sind auch die Organisationsprobleme, die nach dem Krieg der Lösung harren. Der Krieg hat die Notwendigkeit der Organisation auf allen Gebieten erwiesen. Die Organisation hat Triumphe gefeiert. Aber der Krieg

läßt die Organisationen ebensowenig unberührt wie die Wirtschaftsweise. Die Kriegswirtschaft hat neue Aufgaben, Instanzen und Organisationen gebracht, die alten umgebildet und auf manchen Gebieten eine feste Grundlage für gemeinsames Wirken geschaffen. Das alles drängt nach Vervollkommen, nach Ausweitung, wie nach rechtlicher Anerkennung. Das Organisationsrecht war schon vor dem Krieg rückständig, die Gesetzgebung von dem Individualrecht beherrscht. Das kann nicht so fortgehen. Wie die Hindernisse des Vereinsrechts beseitigt werden mußten, so müssen auch die großen Wirtschaftsorganisationen, die Berufsvereine, die Unternehmensverbände auf einen gesunden Rechtsboden gestellt und die Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen sich Unternehmer- und Arbeiterorganisationen über die Regelung der Arbeitsverhältnisse verständigen oder die Kräfte messen können. Anerkannte Berufsorganisationen, gesetzliche Berufsvertretungen, geregelte Mitwirkung der Organisationen an sozialpolitischen Einrichtungen, rechtsverbindliche Tarifverträge, Arbeitsgemeinschaften für gemeinnützige Aufgaben, Schieds- und Einigungsämter, die den Ausgleich von Differenzen erleichtern, und Zugang zu den Volksvertretungen für alle erwachsenen Staatsbürger durch ein demokratisches Wahlrecht: das sind die Aufgaben, die der kommende Friede an uns stellt. Sie decken sich im wesentlichen mit dem, was als die Neuorientierung auf dem Gebiet der inneren Politik bezeichnet wird. Wiederum kann dieses Werk nicht einer einzelnen Klasse überlassen werden. Auch die Regierung und die Verwaltung allein können es nicht vollenden, und noch weniger können wir seine Durchführung einer der Arbeiterklasse feindlichen Koalition anvertrauen. Die Neuorientierung wird das gemeinsame Werk aller Friedensfaktoren des Volkes sein, oder sie wird keine wirkliche Neuorientierung werden.

Zum Heeresdienst eingezogene Kollegen, die zur Arbeit beurlaubt werden,

müssen unverzüglich (spätestens innerhalb 14 Tagen) bei der Zahlstelle wieder ihre Mitgliedschaft anmelden, wenn sie nicht ihre vor der Einziehung erworbenen Rechte an den Verband verlieren wollen.

Aus dem Heeresdienst entlassene Kollegen

müssen sich innerhalb 14 Tagen wieder als Mitglieder anmelden, andernfalls verlieren sie ihre alten Rechte und müssen als neue Mitglieder eintreten. Wer die Wiederanmeldung versäumt, hat bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. keinerlei Ansprüche an den Verband.

Massenspeisung und Volksernährung.

Bekanntlich sind im Laufe der Kriegszeit in zahlreichen Städten sogenannte Kriegsküchen eröffnet, in denen Speisen, vor allem Mittagessen, zu einem verhältnismäßig geringen Preise abgegeben werden. In einigen Städten hat man Versuche mit fahrbaren Küchen gemacht, in andern hat man das System der festen Küchen beibehalten, in denen die Speisen abgeholt oder wo sie auch gleich verzehrt werden können.

Nicht überall hat sich diese sogenannte Massenspeisung bewährt. In manchen Städten ist es gar keine eigentliche Massenspeisung geworden, in andern war sie nur vorübergehend. Die Gründe dafür sind nicht überall gleich. Einige Städte geben das Essen unter dem Selbstkostenpreise ab und haben infolgedessen mehr Zuspruch als jene, in denen die Küchen sich decken sollen. Manche Städte kürzen für die Teilnehmer an der Massenspeisung die Lebensmittelkarten entsprechend und bereiden damit vielen die Benutzung, während andre eine solche Kürzung nicht vornehmen und infolgedessen die Benutzung ihrer öffentlichen Küchen anregen. Schließlich ist in manchen Städten die Einrichtung der Küchen und ihre Verteilung auf die Stadtbezirke zweckmäßig, in andern ist sie äußerst mangelhaft. Hinzu kommen lokale Gewohnheiten und zahlreiche Umstände anderer Art, die auf die Benutzung hemmend oder fördernd einwirken. Jedenfalls kann man aus den bisherigen Erfahrungen der Städte mit der Massenspeisung sehr verschiedene, ja direkt entgegengesetzte Schlüsse ziehen, je nachdem, auf welche Städte man sich dabei stützt. Womit gesagt ist, daß das vorliegende Material nur bei genauer Kenntnis aller Einzelheiten allgemeine Schlüsse zuläßt.

Durchaus verfehlt scheint es uns, wenn man aus der mangelnden Inanspruchnahme der öffentlichen Küchen folgert, die Bevölkerung stände sich noch so gut, daß sie eine solche Ernährung nicht nötig habe. Gewiß gibt es weite Kreise, die die Massenküche nicht benutzen, weil sie Lebensmittel genug haben oder sich jederzeit beschaffen können, um sich eine Ernährung zu leisten, die der Massenspeisung qualitativ weit überlegen ist. Aber es steht auch außer Frage, daß ein sehr großer, ein bedauerlich großer Teil der Bevölkerung aus den öffentlichen Küchen deshalb keine Speisen bezieht, weil sie noch viel zu teuer sind. In den meisten

Städten kostet die Portion Mittagessen 20 bis 30 Pf. Soll nun eine Familie mit vier größeren schulpflichtigen Kindern sechs Portionen holen — und die muß sie haben —, so hat sie dafür 1,20 bis 1,80 Mk. aufzuwenden. Das ist mehr, als viele Familien für das Mittagessen aufwenden können und aufwenden dürfen. Allerdings kann die Mutter in eigenen Haushalt Essen von derselben Güte wie das von der städtischen Küche gelieferte nicht billiger herstellen, aber — sie kann billiger kochen, wenn sie schlechter kocht. Und sie wird schlechter kochen, weil sie muß. Gewiß fällt ihr das bei den heutigen Lebensmittelpreisen ungenauer schwer, auch ist das im Inneren der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit der Familie höchst bedauerlich, aber sie muß. Sie muß, weil der Lohn des Mannes nun einmal nicht weiter reicht.

Es ist notwendig, das hervorzuheben, weil es für die Beurteilung der ganzen Frage der Massenspeisung von erheblicher Bedeutung ist. Die Benutzung der öffentlichen Küchen ist gerade denen, die sie am nötigsten brauchen, nicht möglich, wenn es nicht gelingt, die Kosten oder die Preise für das gelieferte Essen so festzusetzen, daß sie auch für Familien mit großer Kinderzahl und geringem Einkommen erschwinglich sind. Wir sagen die Kosten oder die Preise. Beides ist nämlich nicht dasselbe. Die Kosten lassen sich nur willkürlich herabdrücken auf Kosten der Menge oder der Güte des gelieferten Essens, der Preis aber läßt sich auch durch Zuschüsse der Gemeinden, der Einzelstaaten oder des Reiches herabsetzen. Wie schon erwähnt, zahlen einzelne Gemeinden schon jetzt Zuschüsse, ob sich das allgemein empfiehlt, ist jedoch eine noch unstrittene Frage.

Von einigen Freunden der Massenspeisung wird nun gefordert, daß sie zwangsweise für die ganze städtische Bevölkerung eingeführt werden müsse. Jeder einzelne müsse gezwungen werden, aus der öffentlichen Küche und nur von dort seine Mahlzeiten zu beziehen. Besonders eifrig tritt H. Calwer für diesen Zwang ein. Er geht dabei von der Auffassung aus, daß die in Deutschland verfügbaren und zu beschaffenden Lebensmittel nur dann zur Ernährung der gesamten Bevölkerung ausreichen. In den privaten Haushaltungen würden Lebensmittel verschwendet oder unweckmäßig verwendet und ungenügend ausgenutzt, die Massenküche dagegen gewährleistet rationellste Verwendung und gleichmäßige Verteilung aller Lebensmittel. In der von Calwer geleiteten „Konjunktur“ wird dazu ausgeführt:

„Wir sind der Meinung, daß der Prozeß der Unterernährung schon in weitem Umfange eingesetzt hat. Wir haben dabei gar nicht den Mangel an Fett, sondern den weit wichtigeren an Eiweißstoff im Auge. Die Kopfjohnder der wichtigsten Nahrungsmittel reichen nicht hin, um den Mindesteweißbedarf zu decken, die frei käuflichen Nahrungsmittel sind aber nicht in der Menge und zu solchen Preisen erhältlich, daß die minderbemittelte Bevölkerung das vorhandene Defizit decken kann. Die Folge ist, daß bei einem großen Teil dieser Verbraucher-schichten das Eiweiß des eigenen Körpers aufgebraucht wird. Solange der Körper nur geringe Mengen seines Eiweißes verliert, ist die Sache nicht gefährlich, immerhin sollte man aber diesem Gesichtspunkte mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken. Und wenn man zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Unterernährung nicht zu bestreiten ist, dann wird man im Interesse des Volksgesundens und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sich nicht an die Vorurteile der Bevölkerung gegen die Massenspeisung lehnen können, sondern man wird zum Besten der Verbraucher zur Teilnahme an den Massenspeisungen zwingen müssen. Und um hier nicht Wege zu gehen, die verbitternd wirken müssen, bleibt nichts andres übrig, als die Massenspeisung ganz allgemein ohne Ausnahme für die städtische Bevölkerung einzuführen. Zwar hofft man im Hinblick auf die Erträge der neuen Ernte, daß wir um einen so radikalen Eingriff in die Gewohnheiten der städtischen Bevölkerung herumkommen könnten, aber vorläufig werden die Rationierungen für Brot und Mehl nicht in die Höhe gehoben werden. Fett, Fleisch, Milch und Eier werden aber wahrscheinlich eher noch knapper als bisher. Die Kartoffeln endlich kommen als Eiweißspender kaum in Betracht. Bei solchen Ausblicken kann man es schließlich nicht dem Belieben des Publikums überlassen, wie es sich ernähren will, sondern muß durch die zwangsweise Massenspeisung eine knappe, aber physiologisch ausreichende Ernährung sicherstellen.“

Es ist nicht unsere Aufgabe und es liegt auch nicht in unserm Vermögen, den ganzen Komplex von Fragen, der mit diesen Ausführungen angefaßt wird, hier näher zu behandeln. Um das zu können, müßte man vor allem genaue statistische Unterlagen über die Menge der vorhandenen oder zu beschaffenden Lebensmittel sowie über den Bedarf bzw. Verbrauch haben. Diese fehlen aber. Man ist da auf mehr oder minder unsichere Schätzungen angewiesen. Auch die ernährungsphysiologischen Fragen, die mit der Sache zusammenhängen, sind noch keineswegs geklärt. Endlich bestehen auch darüber noch Meinungsverschiedenheiten, ob tatsächlich die Ausnutzung der Lebensmittel in den Massenküchen eine bessere ist als im Einzelhaushalt. Solange aber über diese Vorfragen die Meinungen noch so weit auseinander gehen, halten wir es für verfehlt, so weitgehende Folgerungen und Forderungen zu ziehen und zu vertreten, wie das die Anhänger der Zwangsmassenspeisung tun.

kommen. Diese Folgerung ist mindestens sehr oberflächlich. Sie läßt ganz außer acht, daß Montag die Wiederinbetriebsetzung der Maschinen sowie das Anlernen neu angemessener Arbeitskräfte erfolgt, wodurch die Unfallgefahr naturgemäß gesteigert wird. Dagegen kann man die unverhältnismäßig hohe Unfallziffer des Freitags kaum auf eine andre Ursache als auf die zunehmende Ermüdung der Arbeiter zurückführen. Auch die Unfallziffer für den Sonnabend ist überdurchschnittlich hoch, wenn berücksichtigt wird, daß an diesem Tage fast durchweg weniger lange gearbeitet wird als an den übrigen Wochentagen. Eine Zusammenstellung der Unfälle nach der Tageszeit, die der Bericht der Berufsgenossenschaft noch enthält, ist deshalb wertlos, weil er den Tag in vier gleiche Teile à 6 Stunden zerlegt ohne Rücksicht auf die tatsächliche Steigerung des Arbeitstages. Man kann z. B. aus der Tatsache, daß sich in der Zeit von 6 bis 12 Uhr vormittags 43,49, von 12 bis 6 Uhr nachmittags dagegen 38,11 vom Hundert aller Unfälle ereignen, gar keine Rückschlüsse ziehen. In den sechs Vormittagsstunden ist nur die Frühstückspause, in den sechs Nachmittagsstunden aber neben der Vesper- die Mittagspause enthalten, die selbstverständlich die Unfallziffer für diesen Zeitraum herabdrückt. Es läßt sich jedoch nicht ausmessen oder ausrechnen, um wieviel, und deshalb ist die ganze Zusammenstellung wertlos, solange sie nicht nach kürzeren Tagesabschnitten, am besten nach Tagesstunden, gegliedert ist.

Auf den Bericht der technischen Aufsichtsbeamten werden wir in einem weiteren Aufsatz zurückkommen.

Papierpreise auf dem Weltmarkte.

Seit Beginn des Weltkrieges kommen aus allen Kulturstaaten von den Papierverarbeitungsindustrien recht lebhaft Klagen über die ständig, teilweise sprunghaft steigenden Papierpreise. Durch die Unterbindung des Welthandels erscheinen diese internationalen Preissteigerungen begreiflich. Fast alle Kulturstaaten sind mehr oder weniger auf die Rohstoffzufuhr für ihre Papiererzeugungsindustrie aus dem Auslande angewiesen. Während für Deutschland die Papierholzzufuhr aus Rußland zur Lebensfrage für seine Zellstoffindustrie geworden ist, war Italien Frankreich, England, und selbst das holzreiche Rußland auf die Zellstoffzufuhr aus Deutschland, Oesterreich, Schweden, Norwegen und andern Zellstoff produzierenden Staaten angewiesen. Deutschland wiederum benötigte für seine blühende Zellstoff- und für seine auf dem Weltmarkte einzig dastehende chemische Industrie die Zufuhr von Schwefelbienen und Schwefelkernen aus Frankreich, Norwegen, Portugal, Spanien und aus der Türkei.

Im Jahre 1913 führte Deutschland 1 025 732 Tonnen dieser Schwefelkiese und -erze im Werte von 24 246 000 Mk. aus den genannten Ländern ein, wovon nur rund 28 000 Tonnen wieder ausgeführt wurden. Dagegen führte die deutsche chemische Industrie 1913 rund 153 600 Tonnen Farbstoffe im Werte von 263 520 000 Mk., darunter 2656 Tonnen Papierdruckfarbe aus Ruß und Kupferdruckfarbige aus. Fast die gesamte ausländische Papiererzeugungsindustrie ist auf die Einfuhr deutscher Farbstoffe angewiesen. Daher auch die aus sämtlichen Staaten gemeldeten gewaltigen Preissteigerungen für Farben und Farbstoffe. Im August 1916 meldete ein amerikanischer Buchdruckerverein, daß seine Mitglieder in den Vereinigten Staaten von Nordamerika für Farben bis zu 1000 Prozent Aufschlag zahlen mußten. Dabei waren einige Farben überhaupt nicht zu erhalten. Selbstverständlich kommen diese Erhöhungen auch in den Papierpreisen und Fertigfabrikaten der Papierverarbeitungsindustrien zum Ausdruck.

Wie schon erwähnt, deckte die deutsche Zellstoff- und teilweise auch die Holzstoffindustrie einen großen Teil ihres Bedarfs an Papierholz aus Rußland. Im Jahre 1913 wurden in Deutschland 1 284 873 Tonnen Papierholz im Werte von 39 831 000 Mark eingeführt, wovon 1 021 777 Tonnen allein aus Rußland bezogen wurden, dagegen wurden nur ausgeführt 66 880 Tonnen, wovon fast die Hälfte auf die Schweiz entfällt. Neben Schweden und Oesterreich stand Deutschland an der Spitze dieses Papier- und Papierstoff produzierenden Dreieckes. Wurden doch 1913 neben 179 463 Tonnen Zellstoff im Werte von 35 236 000 Mk. noch 260 244 Tonnen Papier aller Sorten im Werte von 105 351 000 Mk. ausgeführt. Von den im Jahre 1913 ebenfalls aus Deutschland ausgeführten 46 479 Tonnen Papierwaren aller Art im Werte von 81 766 000 Mk. und von den 23 622 Tonnen ausgeführte Bücher, Bilder usw. im Werte von 97 014 000 Mk. dürfte das dazu verwendete Papier auch vorwiegend deutschen Ursprungs sein.

Nach diesem innigen Geschäftsverkehr, den die heute noch kriegsführenden Staaten sowohl untereinander, als auch mit dem noch neutralen Auslande geführt haben, ist es, wie schon gesagt, begreiflich, daß die Papierpreisteigerungen während der Kriegszeit eine internationale Erscheinung bilden. Die industriell hochentwickelten Staaten sind trotz aller nationaler Hegeereien und aller Wirtschaftskriegsphantasieren so stark auf den Bezug ihrer gegenseitigen Erzeugnisse angewiesen, daß sie nach dem Kratze das heute teilweise erzwungene oder aufgebürdete Einfuhrverbot werden schleunigst wieder aufgeben müssen.

Selbstverständlich sind die heute in den einzelnen Staaten teilweise in unerhörter Höhe eingetretenen Papierpreisteigerungen nicht immer allein durch die Wirtschaftsverhältnisse gerechtfertigt, die der Krieg mit sich gebracht hat. Ungerechtfertigte Gewinnjagd, aufgestachelt durch die Riesengewinne der Kriegindustrie, hat in verschiedenen Staaten zu ausgeprochenen Wucherpreisen geführt, so daß die Klagen der Papierkonsumenten nicht immer unberechtigt sein dürften. Nach einer Berechnung des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ ist der Preis für Zeitungsdrukpapier von 21,50 Mk. für 100 Kilo vor dem Kriege auf 36,50 Mk. am 1. August 1916, demnach um rund 70 Prozent gestiegen. Der letztgenannte Preis ist von der Reichsstelle für Druckpapier festgelegt worden, in der Papierhersteller und Papierverarbeiter sitzen. Im August 1915 machte der Verband deutscher Tapetenfabrikanten noch bekannt, daß der Papierpreis je nach Sorte um 15—33 Proz. über den Friedenspreis gestiegen sei, und 1 Jahr später klagte der Vorsitzende des Verbandes, Landtagsabgeordneter Langhammer, daß der Papierpreis bereits um 300 bis 400 Prozent gestiegen sei. Alle andern Papierarten haben ebenfalls recht ansehnliche Preissteigerungen erfahren, über die wir laufend im „Proletariat“ berichtet haben. Die holländischen Zeitungsbereiter sahen sich gezwungen, in letzter Zeit ihre Bezugspreise um 50 und ihre Inzeratenpreise um 10 Prozent zu erhöhen, da der Papierpreis um 250 Prozent gestiegen ist. Von den schwedischen

Feinpapierfabriken wurden die Preise für Schreib- und Postpapiere um über 120 Prozent erhöht. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben die Papierpreise seit November 1915 eine Erhöhung bis zu 75 Prozent erfahren.

Die U. S. De Forenede Papierfabriker in Kopenhagen, der nach Mitteilungen der Fachpresse nahezu alle Papier- und Papierstoff-Fabriken Dänemarks gehören, hat für das am 30. Juni 1916 abgelaufene Geschäftsjahr einen Reingewinn von 1 223 006 Kronen erzielt, gegen 698 134 Kronen im Vorjahre und 808 290 Kronen im Jahre 1913/14. Diese gewaltige Steigerung des Profits konnte erreicht werden, trotzdem nach Angaben der Gesellschaft die Holzstoffpreise im Berichtsjahre um 40 Prozent, die Zellstoffpreise seit dem Sommer 1914 um 150 Prozent, die Kohlen bis zu 335 Prozent und alle übrigen Rohstoffe, wie Alaun, Farbstoffe, Chlorkalk, Kaolin, Harz und Lumpen, gleichfalls im Preise gewaltig gestiegen sind. Durch den Abschluß eines Tarifvertrages mit der Arbeiterorganisation haben die Löhne der Arbeiter vom 1. Februar 1916 an eine durchschnittliche Erhöhung um 16 Prozent erfahren. Da die Erzeugung der Firma seit 1914 nur um 20 Prozent gestiegen ist, so konnte die Erreichung des fetten Riesengewinns nur auf Kosten gewaltiger Preissteigerungen erzielt werden. Da Firma gibt in ihrem Geschäftsbericht auch zu, „daß wiederholt Preissteigerungen notwendig wurden, die zwar durchweg ansehnlich, aber im Verhältnis zur Papierpreisverteuerung im Auslande mäßig sind“.

Die Buchdruckerbesitzer Norwegens haben allgemeine Preissteigerungen eintreten lassen, da die zum Gemeinbetrieb benötigten Rohmaterialien, wie Papier, Farben usw., eine Preissteigerung bis zu 150 Prozent erfahren haben. England, das sehr stark auf die Papier- und Papierstoffzufuhr angewiesen ist, mußte gleichfalls bedeutende Preissteigerungen auf seine eingeführten Papierstoffe bewilligen. Nach der amtlichen Einfuhrstatistik betrug die Einfuhr an Papierstoffen im Jahre 1915 rund 1 106 000 Tonnen, die Tonne zu 1016 Mk. gerechnet, im Werte von 6 152 000 Pfund Sterling oder nach deutscher Währung 22 595 580 Mk. Trotzdem die Einfuhr um 100 000 Tonnen geringer als im Vorjahre war, hat sich der Wert der eingeführten Waren um 4 086 000 Mk. erhöht. Daraus geht hervor, daß auch England gewaltige Preissteigerungen mit in Kauf nehmen mußte.

Die glänzende Rentabilität der russischen Papierindustrie während der Kriegszeit läßt darauf schließen, daß auch da die Papierverbraucher gewaltig geschöpft worden sind. Nach den Veröffentlichungen russischer Fachzeitschriften hat die Rentabilität der russischen Schreibpapierfabriken während der Kriegszeit eine Erhöhung von 135 Prozent erfahren. Im Jahre 1914 betrug der Durchschnittsgewinn 12,5, im Jahre 1915 dagegen 29,4 vom Hundert. Einzelne Firmen haben geradezu Riesengewinne zu verzeichnen. So hat die Newa-Papierfabrik ihren Gewinn vom Jahre 1913 von 97 800 Rubel auf 560 500 Rubel im Jahre 1915 gesteigert. Im selben Zeitraum stieg der Gewinn der Papierfabrik in Masin von 319 400 Rubel auf 1 115 000 Rubel und in der Ditjaton-Fabrik von 157 000 auf 466 000 Rubel. Infolge der weiter steigenden Papierpreise hoffen die russischen Papierfabrikanten im Geschäftsjahre 1916 noch günstiger abzuschneiden.

Während so in allen Staaten die Unternehmer durch die Erhöhungen der Papierpreise glänzende Gewinne einfanden oder solche doch für die laufenden Geschäftsjahre erhoffen dürfen, sind umgekehrt die Papierarbeiter fast aller Staaten leer ausgegangen oder doch nur mit Lohnerhöhungen bedacht worden, die bei weitem nicht ausreichen, um die Kosten zu decken, die der gleichfalls internationale Lebensmittelpreiserhöhung geschuldet hat.

Die Uneigennütigen im Streit.

Vor einigen Jahren gründete die englische Marmeladenfabrik M. G. James Keiller u. Son eine Zweigfabrik in Tangermünde zum Zwecke der Herstellung und des Betriebes von Fruchtmaschinen und Marmeladen. An der englischen Aktiengesellschaft war die Zuder Raffinerie Meiers Sohn, A. G., in Tangermünde beteiligt. Nach Kriegsausbruch, am 29. August 1914, wurde nun eine G. m. b. H. Keillervabrik Tangermünde gegründet, die den Fortbetrieb der Zweigfabrik der englischen Firma übernehmen sollte und diesem Zweck mit der englischen Zweigfabrik einen Pachvertrag schloß. Die neugegründete G. m. b. H. hat dann in öffentlichen Anzeigen die Geschäftsübernahme angezeigt und sich darin als „gutsentworfene“ und „lernbegeisterte“ Gesellschaft bezeichnet. Der Verein der Konservendindustriellen in Mainz hatte aus Anlaß dieser Anzeigen gegen die neue G. m. b. H. eine Klage wegen unlauteren Wettbewerbs erhoben, indem er behauptete, die Beteiligte sei nur vorgelesen, um den Geschäftsbetrieb während des Krieges im Interesse der englischen Firma fortzuführen. Demgegenüber macht die Beteiligte geltend, es sei die ernsthafte und dauernde Erwerbung des Unternehmens in deutsche Hände beabsichtigt, um die Marmeladenrezepte der Firma Keiller für Deutschland zu retten und den 500 Arbeitern die Beschäftigung zu erhalten.

Das Landgericht Stendal und das Oberlandesgericht Naumburg haben der Beteiligten verboten, ihre Firma mit dem Zusatz „früher oder vormals James Keiller u. Son“ zu führen, sowie sich „gutsentworfene“ oder „lernbegeisterte“ Gesellschaft zu nennen, und ihr weiter verboten, auf ihr althergebrachtes Geschäftsprinzip und ihren Ruf zu verzichten. Das Oberlandesgericht sieht als erwiesen an, daß die Gründung der Beteiligten nur erfolgt sei, um vorübergehend, während der Dauer des Krieges, die Geschäfte der englischen Firma zu besorgen; sie solle nur „Platzhalterin“ der englischen Gesellschaft sein und sei nur vorgelesen, um auch während des Krieges die Einkünfte des Betriebes den Engländern zu sichern und nach Friedensschluß den Betrieb an die englische Gesellschaft zurückübertragen. Bei dieser Sachlage sei es aber durchaus unzulässig und unzulässig, wenn die Beteiligte in ihren Anzeigen den Auftrieb erwecke, als sei sie die Nachfolgerin der (in Wirklichkeit nicht aufgelösten) englischen Firma, und sie dürfe sich deshalb auch nicht als „gutsentworfene“ oder „lernbegeisterte“ bezeichnen.

Die Revision der Beteiligten machte hiergegen mit Erfolg geltend, daß das Oberlandesgericht ihre Behauptungen und Beweisangebote nicht beachtet hätte, die das Gegenteil der oberlandesgerichtlichen Annahme ergäben: der ganze Zweck der Gründung der Beteiligten sei gerade gewesen, das Unternehmen in deutsche Hände zu bringen, die englische Zweigfabrikübernahme sollte aufgelöst werden, dem beabsichtigten eingetragenen Zwangsverwalter seien für die übernommenen Werte 1 226 000 Mk. gezahlt bzw. zur Verfügung gestellt worden. Das Reichsgericht hat jetzt das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache an einen andern Senat des Oberlandesgerichts zurückverwiesen. Der Streit an sich interessiert uns hier nur als Illustration des Konkurrenzwesens und Konkurrenzkampfes der Unternehmer. Es ist bezeichnend, daß jede der streitenden Parteien sich als Vorläuferin der Allgemeininteressen gebildet. Die eine will verhindern, daß englische Kapitalisten in Deutschland Geschäfte machen, und die andre will dem Volke die englischen Erfindungen und den Arbeitern die Beschäftigung sichern. Beide sind also höchst uneigennützig und denken nicht daran, eigene Gewinninteressen zu verfolgen. Tatsächlich führen sie sich den Teufel um die Allgemeinheit und um die beschäftigten Arbeiter. Sicherung und Mehrung des Gewinnes ist ihr Ziel. Aber es ist nun einmal Brauch, die eigennütigen Beweggründe zu verhehlen und zu verdecken.

Immer mehr Unternehmerorganisation.

Wie die Fachpresse mitteilt, fanden sich am 28. August in Kassel zahlreiche Fachvertreter der Eisen- und Waschlagerindustrie aus ganz Deutschland zu einer Beratung zusammen. Ueber den Zweck heißt es: „Anlaß hierzu boten außer vielen diese Industrie bedrohenden Maßnahmen besonders die Frage der Rohstoffverteilung und die Wahrung der Interessen bei der Ueberleitung aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. Eine Zentralfirma soll die nötigen Arbeiten übernehmen. Auf allgemeinen Beschluß dieser Versammlung hin wurde der Verband deutscher Eisen- und Waschlager-Industrieller mit dem Sitz in Köln gegründet. Seinen Zwecken entsprechend liegt seine Gründung nicht nur im Interesse der betreffenden Industrie, sondern auch im Interesse unserer Kriegs- und der kommenden Friedenswirtschaft.“ Derlei Vereinigungen haben die Unternehmer beinahe immer bei der Hand, wenn sie eine neue Organisation gründen. Etwas verdienen sie, daß sie nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern auch die der Gesamtheit wahren wollen. Wobei ihnen allerdings zumeist der Irrtum unterläuft, die Interessen der Gesamtheit mit den eigenen gleichzusetzen.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Eine Mahnung.

Welchen Wert die Zugehörigkeit zu einer freigezwecklichen Organisation hat, dafür hat ein Mitglied unseres Verbandes einen Beweis erhalten, der um so überzeugender wirkte, als er von lindernder Mängel begleitet war.

Bestandteil haben fast alle größeren Betriebe eine Betriebskrankenkasse. Diese Kassen zeichnen sich gewöhnlich durch ziemlich rigorose Bestimmungen aus. Die schwerwiegendsten Bestimmungen bestehen in der Hauptsache darin, daß die Aufnahme in diese Kassen und damit die Annahme des Arbeiters überhaupt nicht nur von der ärztlichen Untersuchung, sondern auch von dem Lebensalter des Aufzunehmenden abhängig gemacht wird. Es ist wohl so ziemlich allgemeine Regel, daß Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr aufzunehmen sind in eine Betriebskrankenkasse. Hierdurch erreichen diese Kassen, daß ihre Mitgliedschaft in der Hauptsache aus in der Vollkraft ihrer Jahre stehenden Arbeitern besteht. Dies ist aber für die betreffende Firma ein ganz bedeutender Vorteil insofern, als ja der Arbeitgeber ein Drittel des Krankengeldes bezahlen muß.

Demgegenüber befinden sich die Ortskrankenkassen natürlich im Nachteil, da sie jeden Arbeiter ohne Rücksicht auf Kränklichkeit oder Lebensalter aufnehmen müssen. Hier hat unsere soviel gewöhnliche soziale Gesetzgebung eben ein sehr, sehr großes Loch. Da die Betriebskrankenkassen auf diese Weise trotz der in jedem größeren Betriebe mehr oder weniger vorfindenden Unfälle mit verhältnismäßig niedrigeren Krankengeldbeiträgen auskommen können, so könnte man wohl die Folgen dieser Gesetzgebung in folgender Formel fassen: „Die niedrigen Beiträge in den Betriebskrankenkassen bedürfen für die Firma eine Prämie für ihre Unterlassungsünden in puncto Unfallversicherungsbeiträgen.“

Doch nun zu unserm speziellen Falle: Ein Mitglied unseres Verbandes im Alter von 53 Jahren war durch die Kriegsverhältnisse aus seiner Arbeit gerissen und gezwungen, in der Schwerindustrie Unterkunft zu suchen. Dies gelang ihm auch. Seine Annahme wurde jedoch keines der Betriebskrankenkasse, in welche er wegen seines Alters nicht aufgenommen wurde, davon abhängig gemacht, daß er eine vom Gemeindevorsteher ausgestellte Bescheinigung beibrächte, in welcher die Gemeinde sich verpflichtet, im Falle von Krankheit die Kosten zu tragen. Nach einiger Zeit erlitt dieser Kollege einen Unfall, wodurch er 10 Wochen arbeitsunfähig wurde.

Da nun die Gemeinde sowohl als auch der Arbeitgeber sich weigerten, Krankengeld zu zahlen, wurde die Anwesenheit auf Veranstaltung unseres Verbandes dem Ort befindlichen Arbeiterkretarierat übergeben. Dieses machte sich schriftlich an die betr. Firma, wurde aber auch abschlägig beschieden, worauf der Arbeiterkretarierat Klage einreichte. Derartige Klagen ziehen sich beinahe immer in die Länge.

Unser Kollege konnte sich aber mit Hilfe des Verbandes, welcher ihm die ihm fehlende Unterhaltungskosten, über Wasser hielten und hat nun die Freude, daß sein Prozeß gewonnen ist. Die Firma mußte ihm die Krankenunterstützung sowie auch Doktor und Apotheke bezahlen, was eine Summe von ungefähr 140 Mk. ausmachte. Er ist dem Arbeiterkretarierat sowohl als auch den Verbandsoberleitenden dankbar dafür, daß sie ihm zu keinem Recht verurteilt haben; auch ist er überzeugt davon, daß er diese Sache als Unorganisiert nicht hätte durchsetzen können.

Mögen sich alle Arbeiter, die da glauben ohne Organisation auskommen zu können, oder es vorziehen, dem Unternehmer oder deren Handlanger zuliebe den selben Wettbewerbern beizutreten, den geschiedenen Fall hinter ihre Ohren zu stecken.

Gerade jetzt, wo der über große Teil der heimgebliebenen Arbeiter ältere oder gebrechliche Leute sind, ist es notwendiger denn je, daß sie sich ihrer Gewerkschaft anschließen. Dann haben sie eine Stütze und sind nicht der Unternehmerrückstuf auf G. ode oder Ungnade ausgeliefert.

Otto Danzig.

Ausländische Arbeiterbewegung.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

In der Woche vom 4. bis 10. September fand der 43. Jahreskongreß der englischen Gewerkschaften in Birmingham statt. Erschienen waren 650 Delegierte als Vertreter von 2 347 547 organisierten Arbeitern. Auf dem vorjährigen Kongreß waren nur 2 677 357 Arbeiter vertreten; die englischen Gewerkschaften haben demnach im Kriegsjahr 1915 noch um 170 000 Mitglieder gewonnen. Diese Tatsache zeigt schon, daß England von den Wirkungen des Krieges nicht annähernd so schwer betroffen wird wie die übrigen am Kriege beteiligten europäischen Staaten. Es stellt weniger Soldaten, hält seinen Handelsverkehr mit dem Auslande aufrecht und kann seine Industrie ohne wesentliche Änderungen weiterführen. Der durch die Meldungen und Ausgehungen zum Heeresdienst hervorgerufene Mangel an Arbeitskräften erleichtert den Gewerkschaften die Durchsetzung von Forderungen und begünstigt die Werbetätigkeit. Verdächtig man noch, daß in manchen Berufen und Fabrikzweigen, mit Billigung oder Unterstützung der Regierung, auf die Unorganisierten ein gewisser Zwang zum Eintritt in die Gewerkschaften ausgeübt wird, so erklärt es sich, daß die englischen Gewerkschaften sich in der Kriegszeit sehr viel besser gehalten haben als die Gewerkschaften in den übrigen Ländern, auch in Deutschland.

Der Kongreß wurde mit einer Rede des Vorsitzenden Harry Gosling eröffnet, aus der einige Punkte bemerkenswert sind. Gosling verwies einleitend auf die Tatsache, daß die englischen Arbeiter in diesem Kriege alle ihre Kräfte in den Dienst der Landesverteidigung gestellt haben. Die Kapitalisten dagegen hätten die Zeit genutzt, um Gewinne anzuhäufen und das Volk auszuzuwürgen. Die Regierung aber habe solchen Treiben gegenüber verjagt. Das ist so ziemlich dasselbe Lied, das überall, vor allem auch in Deutschland, gesungen werden kann.

Dann kam Gosling auf die Zeit nach dem Kriege zu sprechen. Er schilderte die Gefahren und Schwierigkeiten, die entstehen würden, wenn die Millionen von Soldaten zurückkehren und forderte, daß die Regierung Maßnahmen treffe, um zu verhindern, daß der Friede zu inneren Kriegen führt. Weiter führte er dann aus — wir zitieren nach der I. K.: „Wir hoffen, daß etwas mehr geschehen wird, als nur Veränderung von Arbeitslosigkeit und Streiks. Wir sind der gewerblichen Streitigkeiten überdrüssig. Der Arbeiter will sich nicht mehr einer wirtschaftlichen Autokratie unterwerfen, die ihm keine Lebensbedingungen vorräubt. Wäre es nicht möglich, daß die Unternehmer den Arbeitern einen Anteil an der Geschäftsleitung einräumen? Wir Arbeiter verlangen nicht, daß man uns zur Verwaltung derjenigen Elemente des Geschäfts zuläßt, die nur den Unternehmer angehen; wir wollen keinen Sitz im Verwaltungsrat; wir wollen uns nicht einmischen in Fragen, die den Einkauf von Rohstoffen und den Verkauf von fertigen Waren betreffen. Aber wir glauben, daß wir ein Recht haben auf eine Stimme — auf eine gleiche Stimme mit der Verwaltung — in Fragen der täglichen Anordnung der Beschäftigung, in der wir unser Leben zubringen; in Fragen der Zustände und Bedingungen, unter welchen wir schaffen; in Fragen der Entlohnung, der Arbeitszeit, des Benehmens der Werkmeister, mit denen wir täglich in Berührung kommen. Wir werden nie zum sozialen Frieden gelangen.“

wenn wir nicht die wirtschaftliche Demokratie einführen."

Sehr entschieden wandte der Redner sich gegen die Bestrebungen, die dem Kriege einen Handelskrieg folgen lassen wollen.

Am 5. September beschäftigte den Kongress eine Entschließung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, in der den Gewerkschaften aller Länder empfohlen wird, zur selben Zeit in derselben Stadt einen internationalen, gewerkschaftlichen Friedenskongress abzuhalten.

Sehr entschieden forderte der Kongress, daß unmittelbar nach der Friedenserklärung die sogenannten Gewerkschaftsregeln wieder eingeführt werden. Sollte das nicht geschehen, so soll, heißt es in der dazu angenommenen Entschließung, ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress einberufen werden.

Sehr bedeutsam für die Stimmung in der englischen Arbeiterenschaft war eine Aussprache über die Zoll- und Handelspolitik.

Sehr bedeutsam für die Stimmung in der englischen Arbeiterenschaft war eine Aussprache über die Zoll- und Handelspolitik. Ein Delegierter hatte eine Entschließung hierzu vorgelegt, in der eine Abgabe an die Bestrebungen, in England Schutzzölle einzuführen, enthalten war.

Sehr bedeutsam für die Stimmung in der englischen Arbeiterenschaft war eine Aussprache über die Zoll- und Handelspolitik. Ein Delegierter hatte eine Entschließung hierzu vorgelegt, in der eine Abgabe an die Bestrebungen, in England Schutzzölle einzuführen, enthalten war.

Berichte aus den Zahlstellen.

Edwigschloß a. Rh. Zu wech mitterletztem Handel die gelben Verdienstmittel der Fabrik, beweist folgender Fall, der sich in der Kreisstadt Edwigschloß u. Hartmann ereignete.

Schlacht. Butter, Fleisch und Speck im Ueberflus. Seit dem ersten Juli sind unter anderem zu sein. Es seien uns einige Arbeiter der Lebensmittel-Fabrik Edwigschloß das folgende mitteilen: Seit Ende 3 Monaten ist die Lebensmittel-Fabrik Edwigschloß in der Arbeiter Lebensmittel zu besorgen.

Kauf Fleisch und Butter werden auch noch andere Lebensmittel besorgt, zum Beispiel Heringe das Stück für 20 Pf. Als je länger nicht recht abgehen wollten, wurde der Preis auf 25, dann auf 30 Pf. gebracht.

konnte jeder Arbeiter haben, soviel er wollte; es sollen denn auch einige Arbeiter bis zu einem halben Zentner gekauft haben; diese haben dann die Butter für 5 Mk. draußen weiterverkauft.

Bei jedem Unbeliebigen muß sich die Frage aufdrängen, wie ist so etwas wohl möglich? In Edwigschloß ist die Butter so knapp, daß die Familien nicht einmal das Quantum erhalten können, das in Köln gegeben wird.

Die Krone dieser Vorkommnisse bildet aber der nachstehend geschilderte Fall. Die Fabrik erhielt wieder 2 Ochsen, die aber nur für die Arbeiter bestimmt waren.

Belamntmachung.

50 Mark Belohnung.

In vergangener Nacht ist aus d. Lager ein großer Teil von den Lebensmitteln gestohlen worden, welche die Fabrik zur Verteilung an die Arbeiter beschafft hat.

Dieser Anschlag ist eine Beschuldigung der Arbeiter, zu der die Direktion nicht das Recht hatte. Ohne jede Untersuchung werden die Arbeiter des Diebstahls beschuldigt, an die Beamten aber, die doch ebenso nahe sitzen wie die Arbeiter, denkt kein Mensch.

Die Arbeiter sind der Meinung, daß es falsch ist von einem Diebstahl zu sprechen und die Arbeiter zu verdächtigen; man sollte die ungeschickten Sachen lieber in der Nähe suchen, denn würde man den Diebstahl verweigert feststellen können.

Rundschau.

Eine Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei. Für die Tage vom 21. bis 23. September hatte die sozialdemokratische Partei eine sogenannte Reichskonferenz nach Berlin einberufen.

Die Konferenz nahm dann mit 251 gegen 5 Stimmen - bei den erwähnten Stimmverhältnissen - eine längere Entschließung zur Friedenserklärung an. Darin wird einleitend die Pflicht der Landesparlamentarier anerkannt und erklärt, daß dieser noch immer für Deutschland ein Verteidigungskrieg ist.

Eine weitere Resolution billigte die Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstag und die Zustimmung des Reichstages eines Teils der Forderungen, die zur Bekämpfung von der Seemannschaft gestellt sind.

Entschließung wendet sich gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, und bedauert die Verurteilung Diebstahls. Welche Beschlässe richteten sich an die Regierung, um sofortige Erhebung der Höchstpreise, Erhöhung der Reichskriegssteuer, fortschreitende Demokratisierung der Verfassung, der inneren und äußeren Verwaltung, des Steuerwesens und der Schule, Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Bundesstaaten und Gemeinden, Befreiung des Vereins- und Koalitionsrechts von allen politischen und landesgesetzlichen Fesseln.

Abolf von Elm f.

Am 18. September ist Genosse Adolf v. Elm in Hamburg plötzlich einem Herzschlag erlegen. Der so früh aus dem Leben Geschiedene wäre in wenigen Tagen 59 Jahre alt geworden.

Krankheit wird mit Entlassung bestraft.

Für das Brauereigewerbe in Speier besteht ein Tarifvertrag, in dem u. a. festgelegt ist, daß, wenn ein Arbeiter durch Krankheit arbeitsunfähig wird, er von der Firma zum Krankengeld für die ersten 14 Tage soviel Zuschuß erhalten muß, daß derselbe auf 75 Prozent seines wöchentlichen Lohnes kommt.

Achtungsvoll.

Durch dieses Schreiben glaube wohl die Firma, daß der Arbeiter gesund und auch nicht so schnell wieder krank werde. Da dieses aber nicht der Fall war, so belag der Mann zuna 8. Tage darauf ein weiteres Schreiben, das wie folgt lautete:

Achtungsvoll.

Die Firma war damit ihrer tariflichen Verpflichtung auf eine recht einfache Weise ledig geworden. Der Arbeiter bettelte sich nach seiner Genesung nicht wieder an, sondern suchte und fand Arbeit in einem Baugeschäft in Ludwigshafen.

Verbandsnachrichten.

Statistik. - Blaue Monatskarten. - Gelbe Quartalskarten.

Am Quartalschluß muß eine gelbe und eine blaue Statistikkarte bis zum 4. Oktober nach Hannover eingesandt werden. Als Stichtag für alle in die beiden Karten einzulegenden Zahlen gilt der 30. September.

Zur Beachtung!

Mit der Abrechnung vom 3. Quartal 1916 sind die Beiträge für die Unfallkasse für die Funktionäre wieder fällig. Der Kassierer.

Vom 26. September 1916 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Helmstedt 132,88. Herzfelde 104,60. Doberan 75,-. Geithain i. S. 19,19. Hainichen 15,-. Wöngrowitz 8,-. Bitterfeld 1235,97. Zaugga 60,-. Brudmühl 314,05. Magdeburg 3402,-. Wraatz, Bez. Dr., 4004,15. Radeberg 719,24. Jülich 255,20. Kolbera 200,-. Rensaldenleben 180,35. Ladenburg 87,01. P. 78 52. Borby 701,20. Woffen 3.305. Köthen (Anh.) 253,23. Wilm. 49,95. Leipzig 2338,51. Langermünde 500,-. Dausen 457,51. Sebnitz i. S. 448,02. Arnstadt 264,65. Kalbe a. d. S. 234,08. Jümenau 19,02. Nordhausen 13,38. Hönningen 6,64. Ziegenhals 5,98. Eg. -, 30.

An Besonderebeiträgen gingen ein: Herzfelde 1,20. Köthen (Anhalt) 6,05. Sebnitz i. S. 11,65. Arnstadt 7,95.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1916 haben eingesandt:

- Driesen, Frankfurt a. d. O., Schwedt, Bieg, Woldenberg, Danzig, Helgen, Soltau, Rains, Dresden, Geithain, Helmstedt, Wöngrowitz, Herzfelde, Zaugga, Winesfeld, Jülich, Brudmühl, Neumarkt i. Sahl, Gartzke, Ladenburg, Rensaldenleben, Magdeburg, Jümenau, Leipzig, Rensalden, Nordhausen, Calbra, Paderborn, Kalbe a. d. S., Arnstadt.